

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Pulsnitzer Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Kellame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlässen in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ob.- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 132

Freitag, den 8. Juni 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Entgegen der bisherigen Annahme wird der Reichspräsident am Freitag nur den Reichspräsidenten Wee empfangen. Die Parteiführer sollen am Sonnabend empfangen werden.

Der Reichspräsident wird mit dem sozialdemokratischen Führer Müller-Franken über die Regierungsbildung sprechen.

Die Deutschnationale Volkspartei wird mit 78 Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen.

Das Auswärtige Amt hat im Namen der Reichsregierung an die italienische Botschaft ein Schreiben gerichtet, indem es wegen des Ueberfalles auf die italienische Botschaft sein Bedauern ausdrückt und das Vorkommnis aufs schärfste mißbilligt.

Wie aus Tanger gemeldet wird, sind 40 Meilen von Marakesch, der Hauptstadt Sidsmarokkos, reiche Eisenlager entdeckt worden.

In Amerika hat ein Wettfliegen von Frauen über den Ozean eingefieft.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Veranstaltung der 32er.) Die Ortsgruppen Ramenz, Großröhrsdorf und Pulsnitz der „Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Ers.-Inf.-Rgts. 32“ haben Sonntag, den 10. Juni, ein Treffen auf dem Hubberg zu Ramenz. Von nachm. 3 Uhr ab findet daselbst geselliges Beisammensein mit anschließendem Tänzchen statt. Alle ehemaligen 32er nebst ihren Angehörigen können sich daran beteiligen, auch diejenigen, welche der Vereinigung noch nicht angehören.

Pulsnitz. (Die Gewinnlisten der Geld-Lotterie) des Landesvereins Sachsen für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege zur Schaffung eines Erholungsheims für Landfrauen sind eingetroffen und liegen in der Lotteriegeschäftsstelle des Herrn Max Greubig zur Einsichtnahme aus. Dieselben sind daselbst auch käuflich zu erwerben.

(Mütterberatungen) finden statt in Pulsnitz M. S. am Mittwoch, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr in der Schule; in Oberlichtenau am Freitag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr in Schreiers Gasthof. Arzt wird anwesend sein.

(Vom Baden) Eine der angenehmsten Freuden des Sommers ist ein erfrischendes Bad. Der Drang nach Bewegung, nach Luft, Licht und Wasser hat weite Kreise unseres Volkes erfasst. Glücklich die Städte, die das Problem der Schaffung guter Badeanlagen gelöst haben, glücklich die Gegenden, in denen die Natur durch Flüsse und Seen dem Badeleben fördernd entgegenkommt. Aber das Baden will mit Vernunft betrieben sein. Die Beachtung der elementaren Baderegeln könnte manches Unglück verhüten. In erhittem Zustande soll man nicht ins Wasser springen, denn das Herz streift mitunter gegen den ganzen Organismus lähmenden plötzlichen Temperaturwechsel. Oft werden auch Wirbel und kalte Strömungen gefährlich. Meist sind an besuchten Badeplässen aber solche Stellen bekannt. In unbekanntem Gewässern sei auch dem besten Schwimmer Vorsicht empfohlen. Nichtschwimmer sollen sich nie so weit hinauswagen, daß sie den Boden unter den Füßen verlieren. Der Kopfsprung ist gewiß eine schöne sportliche Übung, aber im trüben und wenig bekannten Wasser kann ein unter dem Wasser aufragender Stein oder Pfahl gefährlich werden. Unnötiges Zimwasserbleiben zeugt nicht von Ausdauer, sondern von Leichtsin.

(Ueber die Aufbringung zur Industrie-Beauftragung) schreibt uns das Finanzamt Ramenz: Nachdem es sich herausgestellt hat, daß das Betriebsvermögen der aufbringungspflichtigen Unternehmer größer ist, als zunächst angenommen werden konnte, hat die Reichsregierung durch eine Neunte Durchführungsverordnung zum Aufbringungs-gesetze die für den zweiten Teilbetrag der Jahresleistungen für das Kalenderjahr 1928 an die Finanzämter zu entrichtende Beträge um 20 v. H. herabgesetzt. Gleichzeitig ist der Zahlungstermin vom 15. Juni 1928 auf den 16. Juli 1928 hinausgeschoben worden, um der Wirtschaft Geld nicht früher zu entziehen, als unbedingt notwendig ist. Bei der letzten Teilzahlung hat sich gezeigt, daß die Unternehmer jetzt pünktlicher als früher zahlen, so daß die Frist zwischen der Zahlung an die Finanzämter und der Abführung des von der Industriebank an den Generalagenten für Reparationsleistungen zu zahlenden Betrages verkürzt werden kann.

(Die kleinste Schule Sachsens) finden wir in Warenburg (Schulamtsbezirk Dippoldiswalde) mit zehn Kindern. Dann folgen Mittelbach und Eschenbach mit

Hindenburg empfängt die Parteiführer

Besprechung des Reichspräsidenten mit Müller-Franken — Vor schwierigen Regierungs-Verhandlungen



Müller-Franken



Severin

Dr. Reinhold

Dr. Hilferding

Männer der neuen Reichsregierung?

Berlin. Der Reichspräsident wird auf Grund der Beschlüsse der Sozialdemokraten in Köln die Führer der Parteien empfangen, und zwar zunächst den sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken, der am Donnerstagabend wieder in Berlin eingetroffen ist. Die Regierungsbildung wird dann im Reich offiziell beginnen, und man rechnet damit, daß am Tage des Rücktritts des Kabinetts, am 12. Juni, bereits die Betrauung einer Persönlichkeit mit der Kanzlerschaft erfolgen kann.

Diese Hoffnung hat allerdings die Voraussetzung, daß nicht noch erhebliche Schwierigkeiten zwischen den für die Bildung der Großen Koalition in Betracht kommenden Parteien entstehen. Die größten Schwierigkeiten zeigen sich in Preußen. Der Preussische Landtag tritt am Freitag nachmittags um 4 Uhr zusammen. Am Freitag vormittag findet eine Beratung des Preussischen Staatsministeriums statt. Es steht schon fest, daß in dieser Beratung die Vertreter des Zentrums die Forderung erheben werden, daß sich die Sozialdemokratie und die Demokraten in Preußen mit gleichzeitigen Verhandlungen über die Große Koalition in Preußen einverstanden erklären.

Die preussische Sozialdemokratie lehnt aber die Große Koalition in Preußen ab.

Wie dieser Gegensatz überwunden werden wird, ist vorläufig nicht zu erkennen. Zunächst hat sich das Zentrum zwar damit einverstanden erklärt, daß am Sonnabend oder Anfang nächster Woche der preussische Ministerpräsident im Landtag eine Erklärung abgibt und daß dann zunächst die Regierung der Weimarer Koalition noch einmal ein Vertrauensvotum erhält. Dieses Vertrauensvotum soll aber nur unter der Voraussetzung vom Zentrum gegeben werden, daß die Bildung der Großen Koalition in Preußen gesichert ist, falls die gleiche Koalition im Reich zustande kommt. Da die Deutsche Volkspartei bereits für nächsten Mittwoch eine gemeinsame Beratung der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion einberufen hat, so scheint auch die Deutsche Volkspartei auf die Gleichzeitigkeit von Regierungsverhandlungen in Preußen und im Reich den größten Wert zu legen. Es hat den Anschein, als ob an dieser Frage die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich zunächst einmal auf die größten Schwierigkeiten stoßen.

Die Volkspartei für Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat in Berlin zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kemples zusammen. Auf Grund der Berichte der beiden bisherigen Fraktionsvorsitzenden im Reichstag und Preussischen Landtag, Dr. Scholz und Dr. Campe, erfolgte eine eingehende Aussprache über die politische Lage. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Wahlausfall der Sozialdemokratie die Verpflichtung auferlegt, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen. Die Fraktionen des Reichstages und Landtages treten am nächsten Mittwoch zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um zu der weiteren Entwicklung der Dinge Stellung zu nehmen.

Man wird aus dem Beschluß einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionen des Reichstages und Landtages folgern

können, daß die Volkspartei im Hinblick auf die bevorstehenden Regierungsverhandlungen eine Fühlungnahme zwischen der Reichstags- und Landtagsfraktion für notwendig hält, entsprechend ihrer Auffassung, daß die Regierungsbildung im Reich eine gleichartige Koalition in Preußen im Gefolge haben muß.

78 Deutschnationale im Reichstag.

Die auf der Liste des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund gewählten drei Abgeordneten und die auf der Liste des Sächsischen Landvolkes gewählten zwei Abgeordneten haben sich der Deutschnationalen Reichstagsfraktion angeschlossen. Dadurch erhöht sich die Stärke der deutschnationalen Fraktion von 73 auf 78 Abgeordnete.

Der Völkerbundrat nimmt den St. Gotthard-Bericht an.

Genf. Am Donnerstag mittag trat der Völkerbundrat neuerlich zu einer Geheim Sitzung zusammen, in der, wie verlautet, folgende Resolution angenommen wurde:

Der Bericht des Dreier-Komitees wird angenommen und dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß Ungarn die Angelegenheit bloß vom Zoll- und Eisenbahnstandpunkte aus behandelt hat und sich nicht um die Feststellung des Empfänger bemüht hat. Bei dieser Gelegenheit wird daran erinnert, daß für Untersuchungsfragen der Völkerbundrat jederzeit einberufen werden kann.

Der in dieser Fassung enthaltene leise Tadel an die Adresse Ungarns ist insofern vollkommen unbedeutend, als es leichter gewesen wäre, den Absender festzustellen, wenn der Rat dies hätte tun wollen.

Die öffentliche Sitzung, auf deren Programm neben einigen sekundären Punkten auch die Erledigung der beiden St. Gotthard-Fälle steht, beginnt erst am Nachmittag.

Die Untersuchungsfrage in Genf.

Genf. Als Nachtrag zum Bericht des Dreierkomitees über die Vorgänge auf dem Bahnhof St. Gotthard wurde der Bericht des gleichen Dreierkomitees über die Frage der Erweiterung der Kompetenzen des Ratspräsidenten offiziell verlautbart. Der Bericht gelangt u. a. zu folgender Resolution:

Wenn dem Rat ein Untersuchungsantrag unterbreitet ist oder wenn ein Streit nach Artikel 11 Absatz 2 oder nach Artikel 13 und 15 vorliegt, erinnert der Generalsekretär des Völkerbundes die Regierungen an den Absatz 1 der gegenwärtig vorliegenden Resolutionen und bittet sie, ihm ihre Antworten zukommen zu lassen.

Der Kampf der Franzosen, Polen und der Kleinen Entente um Verschärfung der Investigation geht weiter. Vorläufig hat man, wie die Resolution im übrigen zeigt, bloß dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Kompetenzerweiterung gegeben, welche die Erweiterung der Macht des Ratspräsidenten ersehen soll, denn eine verfassungsmäßige Machterweiterung für den Ratspräsidenten wäre nur im Wege einer Änderung des Völkerbundpaktes möglich, und man weiß aus langjähriger Erfahrung, daß solche Paktänderungen undurchführbar sind.